

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditoren, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 auf den vom 1. April an wöchentlich dreimal erscheinenden „Social-Demokrat“ bitten wir ausserhalb bei den Postämtern, in Berlin bei den bekannten Zeitungspeditoren bei Zeiten zu machen. Der **Abonnements-Preis** ist vom 1. April an für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr.; bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.)

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin**, 28. März. [Habsburg-Hohenzollern'sche Menjur-Stellung.] Die beiden Kabinette stehen sich noch immer in mehr oder minder theatralischer Fechter-Stellung gegenüber. Das Blatt des preussischen Ministeriums, die „Nordd. Allg. Ztg.“, fährt fort, die österreichischen Truppenbewegungen in Böhmen aufs Genaueste zu registriren, während die letzte „Prov.-Corresp.“ bekanntlich Bündnisse mit dem Ausland als zu erwartend bezeichnet hat, was der Telegraph zu verschweigen, merkwürdiger Weise, so patriotisch war oder was bei einer nochmaligen Revision der „Prov.-Corresp.“ zu unterdrücken für gut befunden wurde.

Wie es mit den angeblichen österreichischen Kriegserüstungen in Wirklichkeit steht, sagen die „Banftz.“, und die „Schles. Ztg.“ Erstere schreibt: Auch hier in Berlin wissen die glaubwürdigsten Nachrichten aus Schlessien nichts von den aus Breslau gemeldeten Truppenbewegungen. Geschäftsleute, die aus Oberschlessien kommen, haben nirgends eine Spur von militärischen Maßregeln wahrgenommen, weder jenseits noch diesseits, auch Geschäftsbriefe aus Oberschlessien und Galizien wissen von Kriegs-Vorbereitungen nicht das Mindeste zu berichten.

Die „Kreuzztg.“, welche das Geständniß ablegt, daß diesmal die „Nordd. Allg. Ztg.“ „in Hof-sachen besser unterrichtet“ war, als sie, ergiebt sich mit Resignation in das Schicksal, welches dem Kaiser von Oesterreich keinen „eigenhändigen“ Brief an den König von Preußen schreiben ließ, will aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich die Großmächte noch „in Ehren verständigen“ werden. Wer hofft nicht? Wir alle hoffen, nur über das Was herrscht freilich einige Verschiedenheit.

— [Die Conferenz über die Donaufürstenthümer] hat sich bis jetzt darauf beschränkt, zu erklären, daß der oberlehnsherrliche Verband zwischen der Pforte und den Herzogthümern aufrecht erhalten bleiben müsse. Hieraus hat der Repräsentant der Pforte die Ansichten derselben über die Reorganisation des Gouvernements der Fürstenthümer vorgetragen. Hierüber haben die

anderen Mitglieder an ihre Höfe berichtet, deren Antwort abgewartet wird.

— [Zur mythenhaften Bundesreform] will die „Angsb. Allg. Ztg.“ von einem eigenhändigen Schreiben wissen, welches der König von Preußen an den jungen König von Bayern gerichtet habe, um denselben für eine solche „Reform“ zu gewinnen.

— [Der National-Verein und der Sechshunddreißiger-Ausschuß] sind auch der Meinung, daß sie, „um einem schreienden Bedürfnis abzuhelfen“, in so erster Zeit ihre in Vergessenheit gerathene Existenz der Welt in Erinnerung bringen müssen. Selbstverständlich thun sie dies, so gut sie können.

Man höre, wie.

Der Geschäftsführer des Nationalvereins hat, nach der „Bos. Ztg.“, an die Agenten des Vereins ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er auf eine täglich zu erwartende nicht bloß Preussische, sondern Deutsche Krisis hinweist und der Meinung ist: „alsdann komme Alles darauf an, daß für die unerläßliche Einheit des Willens und Handelns ein fester Kern und Mittelpunkt nicht erst aufzusuchen, sondern bereits vorhanden sei, und diesen Kern werde nur der Nationalverein abgeben können.“

Wenn Alles, was ist, vernünftig ist, so ist es auch der Nationalverein.

Minder lähn und selbstbewußt äußert sich der Ausschuß des deutschen Abgeordnetentages.

Die geschäftsleitende Commission desselben hat nun, schon im Februar, ein Circular an die deutschen Kammermitglieder gerichtet, welche den Versammlungen am 21. December 1863 oder 1. October 1864 angehört, oder die bekannte „Rechtsverwahrung“ (an Herrn v. Veust nach London, April 1864) unterzeichnet haben (es sollen 1388 Mann sein). In diesem Circular werden dieselben aufgefordert, in den zur Zeit versammelten oder nächstens sich versammelnden deutschen Kammern auf unverzügliche Eindernung der Stände von Schleswig-Holstein „nach Kräften“ hinzuwirken.

Rechtsgutachten, Rechtsverwahrung, Protest, Adresse, Petition, Resolution, friedliche Demonstration u. s. w., u. s. w. S. darüber: „Encyclopädisches Wörterbuch der deutschen Fortschritts-Wissenschaft. Neueste Auflage. Gotha 1866.“

— [Ein neuer Bundesconflict] wegen Erbansprüchen auf Hessen-Homburg wird hoffentlich gefahrlos vorübergehen. Dem Vernehmen nach werden nämlich Anhalt, Mecklenburg und Neuhagen gegen die Personalunion des Fürstenthums Hessen-Homburg mit dem Großherzogthum Hessen Protest beim Bundestage einlegen. Den Fürstenthümern dieser drei Länder stehen eventuelle Erbansprüche zu, deren Sicherstellung jetzt von ihnen gefordert werden soll.

— [Gegen die Kriegslust (?) der Kabinette] werden im Rheinlande Bürger-Versamm-

lungen von Wahlmännern veranstaltet. In Solingen fand bereits eine solche statt. Dieselbe erklärte, nach einem mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag des Abg. Jung, ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich unter den gegenwärtigen Umständen (!) gereiche Preußen und dem gesammten deutschen Vaterlande zum Unheil. Unter welchen Umständen denn nicht? Darüber läßt die Resolution im Unklaren.

— [Die „Volkszeitung“] deklamirt in zwei Leitartikeln gegen die bürgerliche Demokratie und gegen die Social-Demokratie, weil die „Kreuz-Ztg.“ es liebt, den Fortschrittlern mit ihren „Hintermännern“, wie sie die Demokraten nennt, Furcht einzujagen. Doch sind jene Volkszeitungs-Artikel in gewisser Hinsicht nicht ohne Interesse, und um der Wichtigkeit des Gegenstandes willen kommen wir darauf zurück.

Wien. [Finanzielles. Pferdeankauf.] Der Finanzminister, Graf Larisch, hat den Finanzbericht bis zum März vollendet und wurde derselbe bereits dem Kaiser unterbreitet. Er dürfte binnen wenigen Tagen durch die „Wiener Ztg.“ veröffentlicht werden. Wie man vernimmt, geht daraus hervor, daß nach Abwidlung der letzten Anleihe ca. 20 Millionen in den Kassen bleiben. Die direkten Steuern gehen in Ungarn nur theilweise ein und erleiden daher einen bedeutenden Ausfall. Auch die Zucker- und Branntweinsteuer ergiebt in Böhmen, Mähren, Schlessien und Galizien einen Ausfall von 1 1/2 Millionen. Auf welche Weise die Regierung, wenn es zum Kriege kommt, Geld schaffen will, ist ein Räthsel, zumal wenn man die Emittirung von Staatspapiergeld vermeiden will. Wahrscheinlich wird man zuletzt doch zu diesem allerdings verzweifelten Mittel greifen. — Aus Böhmen wird gemeldet, daß bei dem in Ehrudim stattgefundenen Pferdemarkte sämtliche brauchbare Pferde durch österreichische Officiere aufgekauft worden sind.

* **Dresden**, 26. März. [Große Arbeiter-versammlungen. Einigung der verschiedenen Arbeiter-Vereine zu gemeinsamer Agitation.] Am 24. und 25. v. M. fanden hier große Arbeiter-versammlungen statt, zu dem Zwecke, in gewissen Punkten eine Einigung der verschiedenen Arbeitervereine zu gemeinsamer Agitation zu erzielen. Es wurden sechs Punkte aufgestellt, über welche man sich zu dem oben ausgesprochenen Zwecke vereinigte. Diese 6 Punkte betreffen 1) das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht; 2) das Vereins- und Versammlungsrecht; 3) Freiheit der Arbeit und Freizügigkeit; 4) Aufhebung der Paßbeschränkungen; 5) Einführung einer Schulreform auf Grund der Staatsintervention; 6) Regelung der Lohnfrage und des Kranken- und Unterstützungs-kassenwesens und die Associationsfrage. Ferner wurde ein Agitations-Comité für Sachsen eingesetzt, dessen Ergänzung durch Cooptation vorbehalten bleibt. Der dem Allgemeinen deutschen Ar-

beitereverein angehörende Kupferschmiedemeister Herr Försterling wurde mit Stimmenmehrheit zum Vorsitzenden gewählt. Einem ausführlichen Originalbericht hierüber sehen wir noch entgegen und kommen jedenfalls auf die wichtige Angelegenheit zurück.

*** Kurhessen.** [Kurhessisches.] Aus Fulda vom 23. März wird der „Neuen Frankfurter Zeitung“ geschrieben: „Wie man im Publikum hört, soll sich schon wieder ein Offizier des hier garnisonirenden 3. Regiments (Lieutenant L.) in Untersuchungshaft auf hiesiger Schloßhauptwache befinden, weil er in einer wissenschaftlichen Ausarbeitung nicht einer Ansicht mit seinem Batailloncommandeur (Major v. B.) sein konnte und sich entschieden weigerte, seine Ansicht auf Befehl zu ändern. Unglaublich, aber wahr.“ In Kurhessen ist also die Wissenschaft zoll-, aber nicht straffrei.

*** Hessen-Darmstadt.** [Sistirung des Spieles.] Laut Bekanntmachung der Kurhessen-Administration in Homburg bleiben „wegen eingetretener Landesstraner“ die Spielfäle vorläufig geschlossen; ebenso das Theater. Was werden da die schönen Olga's anfangen? Uebrigens dürfen sie vorläufig hoffen, noch 25 Jahre die Saison genießen zu können, da der Spielcontract noch so lange in Kraft ist, wenn bis dahin in Deutschland noch Alles beim Alten bleibt.

*** Nassau.** [Verantwortlichkeit der Kammermitglieder.] Die neue Geschäftsordnung, welche der Kammer von der Staatsregierung vorgelegt ist, enthält unter Anderem folgende Bestimmung: §. 55. Wer in der Berathung eine Behauptung pflichtwidriger oder solcher Handlungen, welche geeignet sind, in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, gegen öffentliche Beamte ausspricht, ist verpflichtet, auf Verlangen der Regierung ihr letztere namhaft zu machen und für die Wahrheit seiner Angabe verantwortlich.

Ausland.

*** Paris, 23. März.** [Tagesbericht: Rumänische Conferenz. Pandwirtschastliche Untersuchungen. Prinz Napoleon. La-houlage. Dementi. Gesandtschaft aus Bukarest. Cloin.] Es hat noch keine zweite Sitzung der rumänischen Conferenz stattgefunden. Die Ansichten der Mächte scheinen stark auseinander zu gehen, wenn auch allem Anscheine nach das Gerücht ungenau ist, nach welchem Preußen, Rußland und Italien sich von den übrigen Mächten zur Verfolgung eines speciellen Programms getrennt hätten. — Die landwirtschastliche Untersuchung wird nächstens beginnen. Nicht nur die höheren Beamten, auch Friedensrichter, Pfarrer, Lehrer und bewährte Praktiker werden zur Beantwortung einer methodischen Frageliste aufgefördert werden, während die Präfecten zugleich persönlich zur Einziehung directer Erkundigungen ihre Departements bereisen sollen. Was man von der Untersuchung am besten als Resultat erwarten darf, sind gewisse Verbesserungen in der Gesetzgebung und in den Creditverhältnissen. — Die Versöhnung zwischen dem Kaiser und seinem Vetter, dem Prinzen Napoleon, soll vollständig sein; die Freunde des Prinzen sprechen von einem Fürstenthum, die Aufregteren von einer Königskrone; sie lächeln verschämt, wenn man von Neapel spricht, aber sie legen den Finger auf den Mund, d. h. sie wissen nichts. Allerdings aber reden selbst ununterrichtete Leute von einer Mission, welche dem Prinzen anvertraut sein soll. Vielleicht aber bedürfte der Kaiser einer Mission für den Prinzen und nicht des Prinzen zu einer Mission. — Die Abendblätter melden, daß der Schriftsteller Eduard Laboulaye im Bas-Rhin-Departement als Candidat für den gesetzgebenden Körper austritt. — Die „Patrie“ dementirt die von mehreren Blättern gegebene Nachricht, daß der Kaiser an den Staatsminister ein Schreiben gesandt haben soll, welche eine Art Regierungsprogramm wäre und die Bestimmung hätte, nächstens im „Moniteur“ zur Oeffentlichkeit gebracht zu werden. — Man liest in der „Patrie“: „Es wird berichtet, daß zwei der nach Paris gesandten außerordentlichen Gesandten der Statthalterchaft von Bu-

arest sich nach Brüssel begeben haben, um den König der Belgier um eine officielle Antwort auf die Proclamation des Grafen von Flandern zum Fürsten von Rumänien zu ersuchen. Der Kaiser hat gestern in besonderer Audienz den neuen Agenten der vereinigten Fürstenthümer empfangen.“ — Der Kaiser hat ferner heute den Cabinetsoficer des Kaisers Maximilian, Herrn Cloin, empfangen, welcher mit einer vertraulichen Mission seines Herrschers nach Paris und Wien gesandt ist.

*** London, 25. März.** [Die Reformbill.] Der erste Act des neuen Reformspieles ist vorüber, und man kann darauf rechnen, daß in dieser Session die Reform-Akte, wie sie das Ministerium in Angriff genommen hat, nicht zu Stande kommen werde. Man bestreitet die hier und da auftauchende Notiz, daß in der liberalen Partei eine Spaltung eingetreten sei und sich von der liberalen, im Gegensatz zur radicalen Hälfte des Ministeriums unter Lowe und Horsmann, eine Gruppe abgestoßen habe. Daß namentlich der Erstere die stille Ueberzeugung einer Mehrheit der Liberalen ausgesprochen hat, und der entschlossene Widerstand, welchen die Conservativen der Reformbill bereiten, nicht eine compacte Bekämpfung nach der Seite rechts vom Sprecher finden wird, erzählen sich jetzt fast schon die Steine auf den Straßen. Die Bill wird die zweite Session nicht erleben und eine Umgestaltung des Ministeriums die Folge sein.

*** Stalien.** [Politische Aufregung. Die Rüstungen.] Der „Ost. Post“ schreibt man aus Mailand vom 20. März: „Die Aufregung in allen politischen Kreisen ist sehr groß. Die Bildung einer mobilen Nationalgarde soll in ein sehr günstiges Stadium getreten sein, und alles deutet darauf hin, daß man ängstlich auf eine Gelegenheit wartet, um eine Diverston gegen das Venetianische zu unternehmen.“ — Die von mehreren deutschen Journalen gebrachte Nachricht über einen hier abgehaltenen Rath von Generalen und militärische Rüstungen seitens Italiens sind, wie in Florenz officiösen Kreisen versichert wird, gänzlich unbegründet.

*** Dänemark,** [Angebliche französische Sympathieen. Orla Lehmann.] Mehrere dänische Blätter berichten übereinstimmend, daß in Hofkreisen aus Paris sehr befriedigende Berichte eintrafen. Auch der Kronprinz Friedrich soll ein die besondere Theilnahme des Kaiserpaars und die französischen Sympathieen für Dänemark beleuchtendes umfangreiches Schreiben eingekandt haben, was darauf in der letzten Staatsrathssitzung vom König den Ministern mitgetheilt wurde. — Der durch die seinerzeit im Reichsrath empfohlene Lehre, nach welcher den Schleswigern ihre dänische Herkunft mit blutigen Strichen auf den Rücken geschrieben werden müsse, satfam bekannte ehemalige Marsminister Orla Lehmann, wird augenblicklich häufiger am Hofe gesehen, was beachtet zu werden verdient. —

*** Donaufürstenthümer.** [Ein Rechenexempel. Liebrecht.] Der Tribut, den die Donaufürstenthümer alljährlich an die Pforte zu zahlen haben, beträgt 400,000 Thaler, nämlich die Walachei 5000, die Moldau 3000 Ventel à 500 Pfaster. Diese Summe capitalisirt, giebt 10 bis 15 Millionen Thaler oder 100 bis 150 Millionen Pfaster, und in der That fängt man in Paris bereits an, sich mit diesem Rechenexempel zu beschäftigen. Soll, meint man, die rumänische Union bestehen bleiben und irgend ein Mitglied einer europäischen Regentenfamilie den rumänischen Thron besteigen, so wird die Souveränität der Pforte, resp. die Tributpflichtigkeit der beiden Fürstenthümer abgelöst werden müssen. Und da, meint man weiter, die türkische Regierung Geld brauchen kann, so dürfte sich auf den Pariser Conferenzen wenigstens darüber reden lassen. — Der ehemalige Post- und Telegraphen-Director Liebrecht ist in der Sitzung des Geschworenen-Gerichts zu Bucharest vom 27. d. M. zu zehnjährigem Kerker und einem Schadenersatz von 1,568,000 Pfaster verurtheilt worden.

*** Amerika.** [Venische Invasion. Flottenbewegung. Langlais.] „Reuter's Office“ meldet: New-York, 17. März. Es sind Bundes-

truppen nach Buffalo gesendet worden, um eine venische Invasion von diesem Punkte zu verhindern. — Es wird behauptet, der englische Gesandte habe das westindische Geschwader nach Halifax beordert. — Aus Vera-Cruz vom 3. d. M. wird gemeldet, daß Staatsrath Langlais (bekanntlich der finanzielle Nothhelfer, welchen Napoleon dem Kaiser Max zur Seite gestellt hatte) plötzlich gestorben ist.

Vereins-Heil.

Hamburg, 23. März. (Allg. deutsch. Arb.-Verein. Eine Warnung) ist wahrscheinlich überflüssig und doch wollen wir nicht unterlassen, dieselbe an unsere Vereinsmitglieder, namentlich die jüngst ernannten Bevollmächtigten zu richten. Die meisten der Letzteren werden sich gegenwärtig wohl im Besitz eines aus Solingen kommenden Circulars befinden, in welchem sich E. Wilms als Secretär des Allg. deutsch. Arb.-Vereins gerirt. Wir sind zu sehr Optimist, um „Absichtsschlüsse“ dahinter zu suchen. Wir wollen sogar annehmen, die Absicht sei eine gulgemeinte. Dennoch wollen wir nicht unterlassen, namentlich auf das Unüberlegte und Gefährliche des Schluffages aufmerksam zu machen. Er lautet:

„Vorliegendem Protelle und Antrage schließt sich durch Unterschrift ihres Bevollmächtigten an Die Gemeinde des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zu . . . In deren Austrage, „der Bevollmächtigte.“

Ohne auf die unklare Form des Ganzen näher einzugehen, wollen wir nur folgendes bemerken. Anstatt durch dieses Vorgehen, den in obigem Protelle eingangs besprochenen Bestürchungen die Spitze abzubrechen, wurde gerade durch die Bezeichnung: „Gemeinde“ im Schluffage, unter Verein nicht geringer Gefahr ausgefetzt, falls diese Bezeichnung von kompetenter Seite käme, oder verschiedene Bevollmächtigte ibridirt genug wären von diesem Circular überhaupt weiter Notiz zu nehmen. „Gemeinde“ oder „specieller Verein“ ist wohl ziemlich dasselbe. Das Wort „Gemeinde“ ist überhaupt ein Ausdruck, der durch die Kürze der Bezeichnung unangenehm geworden ist und sich solchergeralt unredlichmäßiger Weise bei uns eingeschlichen hat. Es haben factisch noch nie Gemeinden des Allg. deutsch. Arb.-Vereins bestanden, sondern wir sind alle, an welchem Orte wir immer wohnen, unmittelbar Mitglieder desselben. Deshalb fehte Laffalle bei Gründung des Vereins selber ein Formular für die Bevollmächtigten auf, durch welches an den verschiedenen Orten immer nur Versammlungen, für die hiesigen Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins“ annoncirt werden sollten. Aus eben dem Grunde hat auch sehr richtig unser gegenwärtige Präsdent jüngst die Verordnung erlassen, derzufolge die Bevollmächtigten sich der Bezeichnung „Gemeinde“ für die unter ihrer Leitung stehenden Vereinsmitglieder zu enthalten haben. Für die Mehrzahl der Vereinsmitglieder ist diese Auseinandersetzung wie oben gesagt überflüssig. Es bleibt uns nur übrig, zu erklären, daß wir als Verein mit dem, von einigen außerhalb unsers Vereins stehenden Leuten in Solingen, als fälschlicher Weise von einer Gemeinde des Allg. deutsch. Arb.-Vereins bei der Leipziger Polizeibehörde eingereichten Schriftstücke durchaus nichts zu schaffen haben.

J. Andorj jun.,

Vorstandmitglied des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.

f. Hamburg, 23. März. (Allg. deutsch. Arb.-Verein.) Nachdem die Pinneberger sich unserm Verein angeschlossen, werden die übrigen Anhänger unserer Sache in Holstein bald nachfolgen. Der Hamburger Bevollmächtigte Berk war letzten Sonntag in Elmshorn und hielt vor einer sehr besuchten Versammlung von meist der bisherigen Brdn'ischen Opposition Angehörenden, einen längeren trefflichen Vortrag über die Entstehung und Entwicklung des Allg. deutsch. Arb.-Vereins. In Folge dessen erklärten die Zuhörer einstimmig sich dem Vereine anzuschließen und mit dem Präsidenten Tölle in Unterhandlung treten zu wollen. Der anwesende Barmstedter Bevollmächtigte wurde gleichfalls dem Vereine gewonnen. Der projectirte Arbeitertag wird um Pfingsten abgehalten. Die Bildungsvereine haben sich, wie verlautet, davon zurückgezogen, trotzdem ihnen von Seiten der Passafleener bedeutende Concessionen gemacht worden sind. Nächstens darüber ausführlicher.

m. Hamburg, 26. März. (Allg. deutsch. Arb.-Verein. Tod Heinr. Andorj's.) Leider haben wir unseren Freunden mitzutheilen, daß unser wackerer Parteigenosse, Heinrich Andorj, im Alter von 33 Jahren am Sonnabend, den 24. März, gestorben ist. Schon seit anderthalb Jahren litt er an einem Brustleiden und hielt dieses ihn fern, so energisch sich unserer Sache anzunehmen, wie er es Anfangs im hiesigen Bildungsverein sowohl, wie auch verschiedene Male der sügnertischen Presse gegenüber gethan. Er war Lehrer, namentlich der